Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, September 2009 *59. Jahrgang, Nr. 683*

BUNDESTAGSWAHL: Stehen wir (doch) vor einem Politikwechsel?

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl bekam der linke Block noch einmal Aufwind

In diesem Sommer sah alles noch nach einem Wahlsieg von CDU/CSU und FDP aus. Frau Merkel, so schien es, hatte einen „guten Job" gemacht und selbst in der schwierigsten Phase der Finanzkrise einen kühlen Kopf bewahrt und die Geschicke aller Deutschen vor manchem Übel bewahren können. Bei ihren ausländischen Amtskollegen, voran Barack Obama, galt ihre Wiederwahl als sicher, die Fortsetzung ihrer Politik als zuverlässige Komponente. Ihre besonnene Ausstrahlung wirkte auf viele Bundesbürger hilfreich. Noch Ende August ergaben die Meinungsumfragen, dass mehr als 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme an Angela Merkel und nicht an den konkurrierenden Kandidaten Frank Steinmeier geben wollten. Ebenso ergaben die Umfragen eine Mehrheit für eine zu erwartende Koalition von Christdemokraten und Liberalen.

Vier Wochen vor der Bundestagswahl fanden nun in drei Bundesländern bereits regionale Wahlen statt, dazu gab es Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Die Ergebnisse, die sich hier zeigten, mögen zwar keine ausgesprochene Trendaussage ergeben, doch sie sind ein eindeutiges Warnsignal. Die CDU hat in zwei Bundesländern so rapide an Stimmen verloren, dass man keineswegs mehr von einem sicheren Sieg der anvisierten christlich-liberalen Koalition ausgehen kann. Es mag zwar sein, dass in Thüringen der Persönlichkeitsfaktor namens Dieter Althaus eine bremsende Wirkung verursacht hat, zumal Althaus selbst die ehemaligen Häftlinge und Verfolgten der DDR mit der Aufnahme eines früheren IM in sein Wahlkampf-Team irritiert hat. Und es mag auch sein, dass im Saarland für Oskar Lafontaine andere, nämlich günstigere Bedingungen herrschen, doch dies heißt nicht, dass man sich im Bundeswahl-Kampf zurücknehmen darf. Oft sind es gerade die letzten Tage vor dem Wahltermin, die bei einem großen Teil der Wählerinnen und Wähler den Ausschlag für die Entscheidung geben.

Wir haben erlebt, dass sich der linke Block mal wieder mit viel Aufsehen und entsprechender Medienresonanz in Szene setzen konnte. Die unausweichlichen „Dauerbrenner" wie Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr oder Abschaltzeiten der Kernkraftwerke haben hinreichend eingängige Wirkung. Sie machen den Menschen Angst, und damit erhält schnell jener Block die Gunst der Stimme, der hier Abänderung und Schutz verspricht. Die Partei die Linke ist da mit ihren Ankündigungen nicht zimperlich, sie nimmt es offenbar auch mit den Möglichkeiten nicht so genau, wenn sie schon im Wahlkampf auf Kommunalebene ankündigt, sie wolle die Hartz-Vier-Sätze erhöhen, den Austritt aus der Nato bewirken und gleiche Löhne für männliche und weibliche Beschäftigte einführen. Dies alles (und noch mehr) sind aber Maßnahmen, die sich bestenfalls auf Bundesebene durchsetzen lassen, die jedoch in ihrer Ankündigung zeigen, dass man bei den Wählerinnen und Wählern mit demagogischen Parolen auf Stimmenfang gehen kann.

Spätestens seit den Wahlergebnissen in Thüringen und im Saarland ist es auch schwieriger geworden, die SPD einzuschätzen. Zum einen koaliert sie in Berlin munter mit den Linken und schließt entsprechende Bündnisse auch sonst nicht prinzipiell aus, zum anderen verkündet sie, dass auf Bundesebene ein Zusammengehen mit der Partei die Linke nicht stattfinden wird. Ist das glaubwürdig? Aufgrund dieser uneindeutigen Aufstellung hat die SPD zuletzt enorm hohe Stimmenverluste hinnehmen müssen. Selbst eingeschworene Mitglieder wie Heinz Richter, mehr als sechzig Jahre Parteimitglied, reagieren auf den Wankel-Kurs mit Skepsis. Wer will der Aussage des Kanzlerkandidaten glauben, wenn er vorab ein Bündnis mit der Linken ausschließt, nachher jedoch in die Versuchung käme, seine Kanzlerwahl unter der Voraussetzung einer rechnerisch möglichen Mehrheit herbeizuführen?

Was die Partei Die Grünen anbetrifft, stehen aus Sicht der DDR-Opfer vornehmlich die Fragen, warum inzwischen kaum noch Vertreter der einstigen Oppositionsbewegung Bündnis 90 in der Parteispitze anzutreffen sind und warum keine prinzipielle Ablehnung von Koalitionen mit den Linken festgelegt werden. Wer aus der DDR-Bürgerbewegung kommt und diese auch heute vertreten will, sollte nicht mit der Linken koalieren. *A. Richter*

Mit dem Ausscheiden unseres Kameraden Carl-Wolfgang Holzapfel aus dem Bundesvorstand der VOS wurde in der Vorstandssitzung im August auch die Zusammensetzung des Redaktionsausschusses verändert. Dem Ausschuss gehören nunmehr die Kameraden Wolfgang Stiehl (zugleich Vorsitzender des Ausschusses), VOS-Pressesprecher Ronald Lässig und die Leipziger Kameradin Rosemarie Studera an. Als Redakteur dieser Zeitung bin auch ich weiterhin in diesem Gremium, das in all den Jahren meiner Redakteurstätigkeit in recht unterschiedlichen Besetzungen immer reibungslos zusammengearbeitet hat, vertreten. Und diese gute Zusammenarbeit betrachte ich, da ich die Zeitung nun seit 1995 als Autor und Redakteur betreue, durchaus als vorzeigbaren Erfolg.

Mittlerweile sind an mir auch etliche Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer(innen) und Gelegenheits-Verfasser vorbeigezogen. Als stetig ruhender Pol ist hauptsächlich Kamerad Wolfgang Stiehl geblieben, den ich vorab jeweils gern mit Beiträgen für sein sehenswertes Internet-Magazin, das die Interessen der VOS und des BSV sowie der Opfer des SED-Regimes insgesamt kompetent und zuweilen auch mal zubeißend vertritt.

Ich selbst habe in den vielen Jahren als Redakteur so manches Pseudonym in der Fg benutzt, so dass zuweilen Leserinnen und Leser glaubten, ich schriebe selbst – außer dem Redaktions-Artikel – nichts Eigenes mehr. Ein Irrtum, denn im Rückblick sind es mindestens zehn erfundene Namen, unter denen ich in der Fg Beiträge geschrieben habe. Manchmal zum Unmut des einen oder anderen Lesers, der dann fragte, ob ich vielleicht den besagten Verfasser kennen würde und ich darauf antwortete: Kennen ja, sehr gut sogar, aber der Betreffende wünscht keine Weitergabe seiner persönlichen Daten.

Auf ein Wort des Redakteurs

Nunmehr steuern wir in etwa anderthalb Jahren die 700. Ausgabe der Freiheitsglocke an. Ich halte das für sehr beachtlich. Es zeigt, dass man als Redakteur langfristig zur gleichen Thematik und im Sinne derselben Klientel aktiv sein kann und dass man als Verband die Möglichkeit hat, mit Sachlichkeit und auch mit Leidenschaft Forderungen zu vertreten und durchzusetzen. Dabei möchte ich an erster Stelle die Opferpension nennen, an deren Begründung und Durchsetzung die vielen, sich über Jahre hinziehenden Veröffentlichungen in der Freiheitsglocke einen mit entscheidenden Anteil hatten. Auch in politischer Hinsicht war die Fg immer ein allseitig gut nutzbares Podium, in dem wir als ehemalige politische Häftlinge des „Arbeiter- und Bauernstaates“ unumschränkt mit unserer Meinung auftreten konnten. Wir waren weder von politischen Größen noch von Geldgebern abhängig. Und wir sollten davon ausgehen, dass es so bleibt. Gerade in Anbetracht des immer unsicherer werdenden Ausgangs der Bundestagswahl am Ende dieses Monats wird die Fg ihren Kurs weiterhin halten und auch bei einem unerwarteten Wahlergebnis vor keiner Partei-Kritik zurückschrecken.

Natürlich spielt auch der finanzielle Rückhalt weiter eine wesentliche Rolle. Die Aktion, in der in den zurückliegenden Sommerferien an alle Bundestagsabgeordneten Briefe mit einem Unterstützungsersuchen gesandt wurden, hat uns zwar nur minimal weitergeholfen, denn es wurde klar festgestellt, dass für unseren Verband keine direkte institutionelle Förderung zu erwarten ist. Aber wir haben weiterhin die Möglichkeit, Projektförderungen zu beantragen und auf diese Weise auch in der Öffentlichkeit präsent zu sein.

Ein anderes Anliegen, das wir uns alle sehr zu Herzen nehmen sollten, ist die Zahl unserer Verbandsmitglieder. Wir müssen zwar noch immer nicht über einen Mitgliederschwund klagen, aber die Statistik zeigt doch eine zunehmende Überalterung an. Natürlich gilt mein persönliches uneingeschränktes Lob solchen vorbildlichen älteren Kameraden wie Heinz Richter, aber es lässt sich dennoch nicht leugnen, dass wir jüngere Mitglieder brauchen, um unsere Sache und unser Schicksal auch über Jahrzehnte hin und noch länger nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Daher ist jede und jeder von uns aufgerufen, seine Möglichkeiten zur Werbung neuer Mitglieder zu nutzen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

Achtzig Jahre und noch immer aktiv

Die VOS gratuliert ganz herzlich dem verdienten Journalisten und DDR-Aufarbeitungsexperten Karl-Wilhelm Fricke zu dessen achtzigstem Geburtstag. Wie nur wenige hat sich Herr Dr. Fricke in seiner sachlich zurückhaltenden Art um Wahrheiten bemüht, wenn es darum ging, das Unrecht des kommunistischen Systems, dem er selbst zum Opfer fiel, zu benennen. Demnächst ist er an der Veröffentlichung einer neuen Anthologie beteiligt. *A. R.*

UOKG-Kongress im Berliner Rathaus

Am 24. Oktober 2009 lädt die Union der Opfer kommunistischer Gewalttaten zu einem Kongress zur Thematik der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden ein. Damit dürften viele, denen durch die Behörden und Gutachter bisher die erlittenen gesundheitlichen Schäden nicht anerkannt wurden, Gelegenheit haben, ihre Erfahrungen einzubringen und selbst Erfahrungen zu sammeln. Genaue Auskunft bei der UOKG.

Im Alter von 93 Jahren verstarb
am 28. August 2009

unser allerseits sehr geschätzter
Kamerad
Karl-Heinz Laeschke

Karl-Heinz Laeschke war viele Jahre im Landesvorstand der VOS Hessen und auch in der Bezirksgruppe Frankfurt am Main tätig. Seine Ratschläge und Meinungen waren für viele Kameraden von großem Nutzen. Wir werden ihn sehr vermissen und ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe

In dieser Ausgabe:

W i c h t i g

3. OKTOBER 2009
ZUM TAG DER EINHEIT NACH SONNEBERG
Mehrere VOS-Landesgruppen organisieren bedeutende Gedenkfeier 9

Titelseite:
Selten war es so spannend und so wichtig wie in dieser politischen Ära
Bundestagswahl am 27. September 2009

***Redaktionsthema*:**
Die Redaktionsarbeit in der Fg – ein kleines Resümee 2

Opfer-Schicksale nicht für touristische Schaulust missbrauchen
VOS-Aktivisten starten medienwirksame Aktion gegen Geschichtsverfälscher 2

Hunderte Menschen waren dem Aufruf der VOS gefolgt
Über die Resonanz der öffentlichen Aktion 5

Das Gedenken muss der Opfern aller Diktaturen gelten
Über den teuflischen Stalin-Hitler-Pakt 6/7

Auch SED-Opfer profitieren von den Beschlüssen der scheidenden Bundesregierung
Ehrenpension kam in dieser Periode 7

Die Glut war und ist noch vorhanden
Chemnitzer Bürgermeisterin wieder bei VOS-Gedenkfeier der Bezirksgruppen 8

Viel Verständnis für Situation der VOS, aber nur wenig Greifbares
Die MdB antworten auf VOS-Schreiben 9

September 1989: Ungarn als Tor zur Welt
Geschichte einer späten Flucht 10
Geschichtsrückblick 10

Als Ex-MdB aktiver denn je
Hartmut Büttner betreibt in der Alt-Bundesrepublik Stasi-Aufarbeitung 11

Ein Mann mit einer Pistole
Ein Namensvetter von Walter 13

Der Ochs' und der Esel (und der) Honecker … 13

Zeitzeugentätigkeit
Bernd Pieper und Herbert Hoffmann in den Medien von Ostwestfalen 14

Gedenkstein für „milden" Kommunisten
Und die Opfer werden verhöhnt 15

Ramelow macht das vielleicht bewusst
Linken-Fraktionsvize beschäftigt ehemalige hohe Offizierin des MfS 15

- Termine, 2, 16
- Glückwünsche 2, 8
- Zitate, Gefundenes 7, 12, 14
- Verstorbene, Nachrufe 2, 15
- Rezension 12
- Impressum 16

Der VOS-Bezirksgruppenvorsitzende Detmold/Gütersloh trat im Rahmen des Zeitzeugenprogramms vor Paderborner Schülerinnen und Schülern auf und konnte viel „Praxis-Wissen" vermitteln. S. 14, *Foto: A. R.*

Suche – Auskunft erbeten

Wer war in Torgau in der Haftanstalt Fischerdörfchen (in der DDR Jugendwerkhof genannt) nach Übernahme der Stadt Torgau durch die Rote Armee inhaftiert?

Warum inhaftiert?
Zu welcher Haftstrafe verurteilt?
Verbringung in entsprechende Speziallager?

Bitte um kurze schriftliche Mitteilung zu diesen Punkten an folgende Adresse:

Rudolf Hinrichs, Koboldgasse 1, 04860 Torgau
Tel.: 03421 711 700
Oder VOS-Geschäftsstelle Berlin

Ehrengrabstätte aufgekündigt!

Hinweise auf Stasi-Verbindungen des ehemaligen Stadtältesten Berlins

Offenbar reichte für Berlin schon der kurze Arm der Stasi. Nachdem der Westberliner Polizist Kurras, der die Todesschüsse auf Benno Ohnesorg abgab, kürzlich der Mitarbeit bei der Stasi entlarvt wurde, sind nun auch Hinweise auf eine solche Tätigkeit des ehemaligen West-Berliner Stadtältesten William Born aberkannt geworden. Born, 1987 verstorben, hatte auf 40 Jahre ein Ehrengrab erhalten, das ihm nunmehr aberkannt wurde. Leider bekommt er es nicht mehr mit.

Gefunden:

Die DDR mitsamt ihrer politischen Unfreiheit wünscht sich keiner zurück.

Internetseite Partei Die Linke im Kreis Steinfurt

Wir protestieren gegen die touristische Zurschaustellung der Mörder

Protestaktion der VOS gegen Vermarktung der SED-Diktatur/ von Pressesprecher Ronald Lässig,

Mit einer gezielten Aktion, in der die Todesschüsse auf DDR-Flüchtlinge und deren Folgen nachgestellt wurden, protestierte anlässlich des 48. Jahrestages des Berliner Mauerbaus die VOS gegen den verantwortungslosen Umgang von geldsüchtigen Darstellern mit geschichtlichen Tatsachen. So wurden die Mauermorde simuliert und dabei die Namen der (bekannt gewordenen) erschossenen Flüchtlinge laut vorgetragen. Die Aktion erregte bei den Medien großes Aufsehen, ein Kamerateam des Senders 3 Sat war zur Stelle und machte Aufnahmen.

Vor den Mauerresten am Potsdamer Platz in Berlin erinnerte der VOS-Landesverband am 13. August mit einer Protest-Inszenierung an die Opfer der SED-Diktatur. Alle Teilnehmer waren selbst als politische Häftlinge in der DDR inhaftiert. Sie wollten verhindern, dass der einstige Todesstreifen zum Disneyland wird.

Ein Mann und eine Frau lasen abwechselnd die Namen der 138 Mauertoten vor. Vorname, Nachname, Todesdatum. Minutenlang. „Günter Liftin, 24. August 1961“, schallte es über den Potsdamer Platz. „Werner Probst, 14. Oktober 1961“...

Die Demonstranten kritisierten vor allem den Umgang mit dem Andenken an die Toten. „Wir protestieren gegen die verharmlosende, touristische Zurschaustellung der Mörder“, sagte der stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich den zahlreichen Journalisten von Presse, Funk und Fernsehen, die der Einladung zum Potsdamer Platz gefolgt waren. Seit Monaten posieren in Berlin junge Schauspieler in NVA-Uniform. Sie stehen an von Touristen besuchten Orten, lassen sich mit der DDR-Flagge fotografieren und verkaufen Visa des einstigen Arbeiter- und Bauernstaates für 2 Euro pro Stück. Die VOS fordert unter anderem die Erweiterung des Paragrafen 130 des Strafgesetzbuches, der bereits die Verwendung von NS-Symbolik verbietet.

> ***„Wir halten dies für menschenverachtend und die kommunistische Diktatur verharmlosend. Die Opfer von Mauer und Stacheldraht werden öffentlich verhöhnt. Dagegen müssen wir Zeichen setzen.“ Mario Röllig***

Gezeigt wurden Plakate, auf denen steht: „138 Tote an der Mauer“, „Verbot von DDR-Symbolen jetzt“ und „Alles schon vergessen“. Mehrere Demonstranten, darunter Anita Kutschkau, Mario Röllig und Hartmut Richter (Foto) trugen weiße T-Shirts mit blutroten Farbflecken, am Mauerrest stand eine Holzleiter. Aus einem Lautsprecher ertönte Maschinengewehrfeuer und die Genannten fielen wie von Kugeln getroffen zu Boden. Sie lagen vor den Mauerfragmenten, die Fotografen hatten das Motiv des Tages. Es klickte und surrte aus den Fotoapparaten und Schüsse knallten vom Tonband.

Die Studenten in den DDR-Uniformen stehen täglich vor ihrem Stand. Slogans wie „Original DDR-Visum“ und „Stamp your real Passport“ werben dort für ein besonderes Mitbringsel aus der ehemals geteilten Hauptstadt. Die Touristen schauten dem Protest-Trubel am 13. August lieber aus sicherer Entfernung zu. „Schämt ihr Euch nicht“, rief einer der ehemaligen SED-Opfer den Pseudo-Grenzbeamten zu. Er reckte ein Schwarz-Weiß-Bild in die Höhe: Peter Fechter blutüberströmt im Stacheldraht 1961.

Die beiden „Grenzschützer“ berieten sich flüsternd. Dann ging der eine in die Offensive. „Wir erklären den Touristen immer, wie schlimm die DDR war“, sagte er. „Wir lehnen die Diktatur ab.“ Beide arbeiteten für einen Verein, kassierten nur Spenden – sagten sie. Journalisten fragten nach der Gewerbeerlaubnis. „Lass uns abhauen“, sagte der eine und begann hektisch zu packen. Er verstaute die große DDR-Fahne, rollte einen roten Teppich auf und verstaute die Visa-Dokumente, die nach dem Ende der DDR niemand mehr brauchte. Die Wut über das Geschäftemachen mit DDR - Symbolen ist in Berlin nicht neu. Auch die Leute am Checkpoint Charlie, die sich in russischer Uniform neben Touristen fotografieren lassen, verärgerten die Opfer der zweiten deutschen Diktatur. Sie forderten den Regierenden Bürgermeister Wowereit auf, dagegen einzuschreiten und wandten sich auch an den Bundestag und die Bundesregierung. Doch bislang fühlte sich niemand zuständig. Und das ausgerechnet im viel gefeierten 20. Jahr des Mauerfalls.

☞ *Weitere Infos zum Thema auf S. 5*

Verhöhnung der Opfer in der Öffentlichkeit nicht akzeptabel

Die VOS bezieht zu ihrer Aktion konkret Stellung und findet Resonanz

In mehr als dreißig Medien wurde über die Protestaktion der VOS am 13. August am Potsdamer Platz in Berlin berichtet. Die Fotos, die veröffentlicht wurden, sprechen eine deutliche Sprache. Zudem äußerte sich Ronald Lässig, VOS-Pressesprecher in einer allgemein verbreiteten Pressemitteilung:

Zum 48. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) in Berlin erfolgreich gegen die Verharmlosung der SED-Diktatur protestiert. Symbolisch für die mehr als 1000 Opfer an Mauer und Stacheldraht stellten ehemalige Flüchtlinge die Erschießungen an der DDR-Grenze nach. Hunderte Menschen waren dem Aufruf des Opferverbandes an die Mauersegmente auf dem Potsdamer Platz gefolgt.

Mario Röllig, Berliner Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, erklärt: „Die Schauspieler in DDR-Grenzuniform, die seit Monaten am Potsdamer Platz verkleidet DDR-Visa-Stempel verteilen und damit die kommunistische Diktatur verharmlosen, haben endlich eingepackt. Das Verhöhnen der Opfer von Mauer und Stacheldraht muss dauerhaft ein Ende haben."

Kamerad Mario Röllig, der auch an einem Theaterstück über DDR-Haftschicksale mitwirkt und in der VOS-Landesgeschäftsstelle Berlin andere Opfer berät, ist ehemaliger politischer Häftling. Er hatte zu DDR-Zeiten versucht zu fliehen, wurde jedoch gestellt und musste ins Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, wo sich heute die Gedenkstätte befindet und wo er inzwischen Besucher durch die schauerlichen Räume führt. Unter den Nachwirkungen der Haft und der Vernehmungen leidet er immer noch. Vor allem die Nächte, in denen das Licht beständig an- und ausgeschaltet wurde, wirken nach. Dass er die Szenerie, die durch die Studenten mit ihren getürkten Visa-Stempel als wirkliche Verhöhnung der Opfer empfindet, ist umso verständlicher.

Die VOS fordert von den Bundes- und Landespolitikern nach wie vor die Erweiterung des § 130 StGB zum Zeigen verbotener Diktatursymbole auch auf die Symbole der SED-Diktatur. Dass dies durchsetzbar ist, zeigen die gesetzlichen Regelungen in Litauen und Estland, wo Nazisymbole weder für kommerzielle noch touristische und schon gar nicht für unterhaltende Zwecke genutzt werden dürfen. In Deutschland wehrt sich vor allem die Partei die Linke gegen solche Gesetze, weil sie damit die Gleichstellung von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur bestätigt sieht.

Außerdem fordert die VOS Verbesserungen bei der Opferrente geben. Die Sechs-Monats-Frist muss aufgehoben werden. Jeder politische Häftling der DDR soll Anspruch auf die Ehrenpension erhalten. Die Bedürftigkeitsprüfung muss wegfallen. Hinterbliebene sollen bei entsprechender Begründung ebenfalls bezugsberechtigt sein. Außerdem strebt. Die VOS die Anerkennung gesundheitlicher und beruflicher Benachteiligung an, die durch die politische Verfolgung entstanden sind.

Andererseits versuchten die Initiatoren durch plausible Begründungen und Selbstentlastung ihr Tun zu relativieren. Letztlich sei es hilfreich, so einer der Darsteller, wenn Touristen die Wirkungsweise der DDR-Diktatur an Hand von derartigen Vorführungen erleben könnten. Das Informationsangebot an deutschen Schulen, in deren Lehrstoff das Thema DDR weitestgehend ausgeklammert würde, biete Kindern und Jugendlichen ansonsten kaum Quellen, um etwas Realistisches über die DDR zu erfahren. Für Ausländer sei dies ohnehin schwer.

Ganz von der Hand zu weisen sind derartige Entschuldigungen nicht. Insofern wäre es auch vorstellbar, dass die VOS, gegebenenfalls unter Mitwirkung der Studenten, eine wahrheitsgetreue und geschichtssichere Darstellung der Vergabe von Visa in der DDR anbietet. Dies dann allerdings mit dem Hintergrund von Waffen, Stacheldraht und Steh-Zellen.

A. Richter

Ein echtes DDR-Visum aus der Hand unechter Grenzsoldaten, die allerdings in Uniformen der sowjetischen „Freundschafts-Besatzer" gekleidet waren – ob mit diesen Requisiten und den untergemischten verbalen Scherzchen wirkliche DDR-Geschichte vermittelbar sein soll, bleibt fraglich. Auch in Moskau erleben wir die angeblichen Doppelgänger von Lenin und Stalin (irgendwann vielleicht auch von Gorbatschow und Putin?), und diese haben wahrlich wenig mit dem verbrecherischen Potenzial der einstigen Begründer sozialistischen Terrors gemein. Allerdings lässt sich mit solchen Darstellungen leicht Geld verdienen. Fakt ist: Wer die Opfer verspottet, verspottet auch die Geschichte. Und er unterstützt – ungewollt – eine Politik, die an Vertuschungen interessiert ist.

23. August 1939, Datum der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 23. August – Gedenktag für die Opfer der Diktaturen

***Sind die Opfer höchst unterschiedlicher Diktaturen, die dennoch in ihren Strukturen viele Gemeinsamkeiten aufweisen, (k)eines gemeinsamen Gedenktages* wert? /von Wolfgang Stiehl**

Vor 70 Jahren wurde am 24. August, der auf den 23. August datierte „Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt“ (auch Hitler-Stalinpakt genannt) vom deutschen Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem sowjetischen *Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten* Wjatscheslaw Molotow in Anwesenheit Josef Stalins und des deutschen Botschafters Graf von der Schulenburg unterzeichnet.

Damit wurde Mittel-/Ost-Europa unter zwei Diktatoren aufgeteilt, die Millionen von Opfern zu verantworten haben. Zuerst hatte Polen darunter zu leiden, in das die Deutschen unter Hitler von Westen und die Sowjettruppen Stalins von Osten einmarschierten.

Aus diesem Anlass stimmte das Europäische Parlament am 2. April 2009 für eine „*Entschließung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus*“, in dessen umfangreicher Begründung unter vielem Anderen unter Punkt „N“ die Erwägung festgestellt ist: „*dass es vom Blickwinkel der Opfer aus unwesentlich ist, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden ließ*“ und „*fordert* (in Ziffer 15) *die Erklärung des 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll“*. Des Weiteren wird eindeutig zwischen Diktaturbewertung und Opferbewertung unterschieden, indem unter Absatz G festgestellt wird, „*dass während des 20. Jahrhunderts in Europa Millionen von Opfern von totalitären und autoritären Regimes deportiert, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden; in der Erwägung, dass der einzigartige Charakter des Holocaust nichtsdestoweniger anerkannt werden muss“*.

Der im vorigen Absatz in wenigen Ausschnitten zitierte Beschluss wurde im Europäischen Parlament mit 553 Ja-, 44 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen als Entschließung „*zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus*" angenommen.

Beim Lesen der – wenn überhaupt gebracht – nur kurzen Pressenotizen zu dieser Entschließung kann nun der Eindruck aufkommen, dass eine Gleichsetzung der beiden höchst unterschiedlichen Diktaturen erfolge. Wer die Gelegenheit hat, die ganze Entschließungsbegründung aufmerksam zu lesen, wird feststellen, dass dies nicht der Fall ist.

An Stelle der vermeintlichen Gleichsetzung der Diktaturen kann man aber die Gleichsetzung des Leidens der einzelnen Opfer der unterschiedlichen Diktaturen sehr klar und eindeutig im Entschließungstext erkennen. Man sollte diesen feinen aber sehr entscheidenden Unterschied auch stets deutlich darstellen und sich darüber freuen, dass hier endlich einmal klare Worte zur Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Opfer-Bewertung und Diktaturen-Bewertung gefunden wurden.

Aus unseren Erfahrungen aus vielen Diskussionen zwischen Opfern der NS-Diktatur und der Realsozialistischen

Abschluss des Nichtangriffspaktes am 23. August 1939. Von links nach rechts: Hintergrund: **Richard Schulze** (Ribbentrops Adjutant), **Boris Schaposchnikow** (Generalstabschef der Roten Armee), **Joachim von Ribbentrop**, **Josef Stalin**, **Vladimir Pavlov** (sowjetischer Übersetzer); Vordergrund: **Gustav Hilger** (deutscher Übersetzer) und **Wjatscheslaw Molotow (Quelle:** Bild und Text aus Internet-Wikipedia)

Diktatur bei der Konzipierung von Gedenkstätten welche von beiden Diktaturen als Unterdrückungsinstrument genutzt wurden, wissen wir, wie tief das Misstrauen der einen gegen die andere Opfergruppe verwurzelt sein kann.

Da sind zunächst einmal die Opfer der NS-Diktatur: Ihnen suggerierte die SBZ/DDR-Propaganda seit 1945 „Jetzt sind Eure Peiniger, die Nazischergen in den weitergenutzten KZ und Zuchthäusern eingesperrt“. Wer will es ihnen verdenken, wenn sie dies angesichts der erlittenen Verfolgung nur zu gern glaubten und entgegenstehende Informationen aus westlichen Medien als „Propaganda des Klassenfeindes“ abtaten?

Die Opfer der sowjetischen vorgeblichen „Nazi-Jäger“ (die „Untersucher und Folterer“ der Sowjetischen Militär-Tribunale) wussten es aus eigener leidvoller Erfahrung besser. Spätestens seit 1946 machte dieses Untersuchungs-/Verfolgungs-Organ vorwiegend Jagd auf tatsächliche oder vermeintliche Feinde des von der Besatzungsmacht etablierten kommunistischen Regimes in der SBZ. Diese Opfer haben ihrerseits ebenso viele Vorbehalte,

und zwar gegen tatsächliche oder vorgebliche NS-Opfer. Aus deren Reihen, aber auch von Leuten die damit ihre eigene NS-Vergangenheit übertünchen wollten, kamen oftmals unwahre und keiner juristischen Prüfung standhaltende Denunziationsangaben die zu ihrer „Abholung“ durch sowjetische Untersucher führten.

Eine solche „Abholung“ führte in aller Regel stets zur Verurteilung zu höchsten Haftstrafen, zum Einsperren in total isolierte Lager bei lebensfeindlichsten Bedingungen, die ein Drittel der Lagerinsassen nicht überlebte. Die Toten wurden ohne Benachrichtigung der Angehörigen in Massengräbern verscharrt. Aber auch nicht wenige Todesurteile wurden von den sowjetischen Militärbehörden ausgesprochen und vollstreckt.

Aber auch die Tatsache, dass viele NS-Opfer sich ihrerseits, wie z.B. der Herr Honecker, beim Aufbau einer ebenfalls menschenverachtenden Diktatur mit sehr ähnlichen Strukturen einbrachten, führen zu tief verwurzelten Berührungsängsten gegenüber den NS-Opfern.

Wohlgemerkt, wir sprechen von ähnlichen Strukturen – NICHT von dem der Diktatur anzulastenden höchst unterschiedliche Kriminalgewicht.

Wenn wir unsere Betrachtung nicht nur an der deutschen, sondern der Europäischen Vergangenheit orientieren, haben wir auch sehr unterschiedliche Diktaturerfahrungen zu berücksichtigen. Auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion erlebten die Opfer drei unterschiedliche Diktaturvergangenheiten.

Die kommunistische Gewaltherrschaft seit der Oktoberrevolution 1918 mit dem Holodomor (Hungertod) von über 6 Millionen Menschen die aus ideologischen Gründen im Gefolge der Enteignung jeglichen Landbesitzes geopfert wurden, indem man ihnen das Saatgut konfiszierte und sie so jeglicher Nahrungsgrundlage beraubte. Die wahnwitzigen stalinschen „Säuberungsaktionen“ in denen mehr Kommunisten ermordet wurden als von der NS-Diktatur.

Den Überfall durch die Nazi-Wehrmacht, mit ihren unsäglichen Gräueltaten wie der Juden- und Partisanenverfolgung, oder der Aushungerung Leningrads.

Die Fortsetzung des Stalinschen Gulag-Systems in dem etwa ein Drittel der Lagerinsassen an den unmenschlichen Lebensbedingungen verreckten.

In den nach 1945 unter sowjetischen Einfluss geratenen „Volksdemokratien“ folgte der nur relativ kurzzeitigen NS-Okkupation im zweiten Weltkrieg, mit höchsten Opferzahlen in den Vergasungslagern und in Kriegshandlungen, eine über vier Jahrzehnte dauernde kommunistische Gewaltherrschaft nach dem sowjetischen Vorbild.

Alle diese Opfer unterschiedlicher Diktaturen, gleich ob sie an den Lager/Haftbedingungen zu Grunde gingen oder unsäglich litten, oder ob sie dem von der NS-Diktatur fabrikmäßig betriebenen Massenmord in den Gaskammern zum Opfer fielen oder in den KZ-Lagern unsäglich litten, haben, jeder für sich, ein individuelles Opferschicksal erlitten. Wo liegt der Unterschied zwischen ermordet oder nur totgeschlagen, durch die Bedingungen unter denen sie leiden mussten?

Es gibt erhebliche Unterschiede des verbrecherischen Charakters von Diktaturen. Aber die Opfer der unterschiedlichen Diktaturen haben vergleichbares individuelles Leid erfahren müssen. Und deshalb, so meinen wir, sollte man der Opfern aller Diktaturen, trotz teilweise begründeter gegenseitiger Vorbehalte, auch gemeinsam gedenken. *Wolfgang Stiehl*

Wir meinen:

JEDES OPFER JEDER DIKTATUR IST EIN OPFER ZU VIEL.

Am Ende der großen Koalition stehen auch Erfolge für die DDR-Opfer

Wenn am 27. September 2009 die Karten für die Besetzung einer neuen Bundesregierung neu gemischt werden, wird noch einmal von vielen Gruppen oder Schichten der Bevölkerung Bilanz gezogen. Neben mancher Frage wird auch jene gestellt werden: Was hat uns die scheidende Regierung tatsächlich gebracht? War sie mir oder uns von Nutzen? Auch wir DDR/SBZ-Opfer stellen uns eine solche Frage. Die Antwort lautet: Wir konnten endlich die Ehrenpension durchsetzen. Diese Regierung hat sich dafür stark gemacht, sie hat zum Gesetz erhoben. Obwohl bei der Realisierung noch so manches nachzubessern wäre, sagen Vorstand und Redakteur für die Zuwendung danke und richten den Dank insbesondere an Arnold Vaatz, der an der Umsetzung eines entsprechenden Gesetzentwurfes großen Anteil hatte. Immerhin werden wir uns um Nachbesserungen bemühen.

„Lasst eure Flamme nicht verglühen“

Bewegende Worte bei 10-jährigem Jubiläum der Einweihung der Chemnitzer Stele zum Gedenken Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft/Erinnerung an Erwin Tränkmann

Während vor zehn Jahren die Stele zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft anlässlich des Volksaufstandes vom 17. Juni vor 56 Jahren eingeweiht wurde, nahm vor 20 Jahren auch der Häftlingsfreikauf sein Ende, der über den Kaßberg im damaligen Karl-Marx-Stadt logistisch abgewickelt wurde.

So begannen wir auch in diesem Jahr den Gedenktag mit einem Besuch der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt. Die anschließende rege Diskussion mit dem Abteilungsleiter und unseren Zeitzeugen hätte man mehrere Stunden fortführen können, aber um 11.00 Uhr begann unsere Feierstunde, wo uns schon der MDR-Sachsenspiegel und die Freie Presse erwarteten.

Unser VOS–Vorstandsvorsitzender Holker Thierfeld begrüßte alle anwesenden Kameradinnen und Kameraden sowie die Bürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Frau Barbara Ludwig, Vertreter der CDU- und SPD-Fraktionen des Rathauses und Herrn Dr. Böttger, Leiter der Birthlerbehörde in Chemnitz.

Dann wurden Kränze und Blumen am Mahnmal niedergelegt. Seine feierliche Rede begann Kamerad Thierfeld mit der Gedenkminute für die verstorbenen Kameradinnen und Kameraden. Er erinnerte dabei an die Verdienste, das Vermächtnis und Andenken des ehemaligen VOS-Vorsitzenden Erwin Tränkmann, der diese Stele genau gegenüber der ehemaligen U-Haftanstalt setzen ließ und am 17. Juni vor zehn Jahren einweihte. Die Oberbürgermeisterin betonte in ihrer nachfolgenden Ansprache unter anderem, „...dass der 17. Juni 1953 zu den Tagen gehört, die wir nicht vergessen und heute erinnern wollen. Dieser 17. Juni zeigt, wie eng Hoffnung und Schicksalsschläge nebeneinander liegen. Wir wollen erinnern und gemeinsam an diese Menschen denken, die dabei waren, eine persönliche Erinnerung und wesentlichen Anteil daran haben, an die, die in diesem System demonstrativ auftraten. Der 17. Juni ist ein historisches Ereignis von besonderem Gewicht, eine der wenigen demokratischen Bewegungen in der Geschichte. Trotz der Niederlage war der Aufstand nicht vergebens." Frau Ludwig zitiert Johannes Rau: „Äußerlich eine Niederlage, aber kein Irrtum!" Sie beendete ihre Ausführungen mit den Worten: „Der 17. Juni 1953 ist ein dramatischer Tag in der deutschen Geschichte, aber ein Tag voller Hoffnung, die sich im Herbst 1989 erfüllen sollte. Darauf können Sie stolz und wir alle dankbar sein."

Danach sprach Dr. Böttger zu den Anwesenden und erinnerte an den Juni 1989 als wichtiges Jubiläum in diesem Jahr. Bevor Kamerad Thierfeld die Feierstunde beendete, meldete sich noch unser Kamerad Gerhard Römer zu Wort: „Heute jährt sich zum 56. Mal der Tag, an dem sich das Volk in der DDR gegen das SED-Regime erhoben hat. Aus einem Streik gegen die Normerhöhung in Ost-Berlin in der Stalinallee – einer kleinen Flamme am 16. Juni 1953 – wurde am 17. Juni 1953 ein ganzer Flächenbrand – ein Brand, in dem auch wir Flammen waren in jener Zeit – Flammen, die für das Volk gebrannt haben – für die Rechte der Menschen, für ein menschenwürdiges Leben. Auch mit Panzern, Gefängnis, Folter und Todesstrafe konnten sie die Flammen nicht ersticken, nur eindämmen. Die Glut war und ist immer noch vorhanden und wird sorgsam gehütet. Heute nach 56 Jahren ist die Flamme in mir zwar nicht mehr so groß, aber sie brennt immer noch für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit – dafür, dass die Menschen sich bewusst sind, dass sie Menschenrechte haben. Ich möchte allen Kameradinnen und Kameraden meine Hochachtung und meinen Dank aussprechen für ihre Treue, die sie zu unseren Leidensgenossen gehalten haben. Auch bitte ich alle Kameradinnen und Kameraden: macht weiter so, erzählt euren Enkeln und Urenkeln von dem, was ihr durchgemacht habt, damit sich so etwas nicht wiederholt. Zum Abschluss möchte ich noch an unsere Bundeskanzlerin Frau Merkel appellieren, sich noch mehr um uns alten Veteranen zu kümmern. Wir sind ja nicht mehr viele, da dürfte es doch nicht so schwer sein, uns Veteranen etwas mehr zu würdigen, damit der VOS-Ausweis nicht nur ein Stück Papier ist. In diesem Sinne danke ich für eure Aufmerksamkeit und wünsche allen noch Gesundheit. Lasst eure Flamme nicht verglühen!"

Hoffnungen und Schicksalsschläge liegen dicht beieinander. Wir wollen erinnern und gemeinsam an diese Menschen denken.

Oberbürgemeisterin Barbara Ludwig spricht zu den Anwesenden

Diesen ergreifenden Schlussworten gibt es nichts hinzuzufügen.

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz - Stollberg - Hohenstein-Ernstthal, i. A. Waltraud Raubold

Keine institutionelle Förderung, aber Nachbesserungen bei der Opferrente in Aussicht gestellt

Erste Abgeordnete antworten auf VOS-Brief

In der vorigen Fg-Ausgabe berichteten wir über die kurzfristig durch den Bundesvorstand der VOS ins Leben gerufene Aktion, sämtliche Bundestagsabgeordnete anzuschreiben und sie zu bitten, sich für die Wiederaufnahme einer institutionellen Förderung des Opferverbandes einzusetzen und die VOS gegebenenfalls selbst durch eine Spende zu unterstützen. Einer solchen Anregung kamen nun mehrere Abgeordnete nach, wobei die Anfrage nach einer Förderung eher mit der Tendenz „abschlägig“ und dem Verweis auf die Möglichkeit von Projektförderungen über die Stiftung Aufarbeitung beantwortet, auf das Ersuchen nach einer Spende dagegen einige Male positiv reagiert wurde.

Hingewiesen wurde auch auf das vor zwei Jahren verabschiedete Gesetz zur Gewährung der Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge von DDR und SBZ. Hier, so lautet die übereinstimmende Meinung, bestehe noch Aufbesserungsbedarf. So schreibt beispielsweise der CDU-Abgeordnete Jens Koeppen (Schwedt): *Mit dem bisher Erreichten sind wir aber keinesfalls zufrieden und werden uns im Rahmen der nächsten Legislaturperiode für weitere Verbesserungen stark machen – entsprechende Problemkreise wurden bereits identifiziert. Ganz konkret gehört hierzu die unterschiedliche Handhabung bei der Bewilligung der SED–Opferpension durch die Bundesländer und die gesetzliche Verhinderung von diesbezüglichen Missbrauchsfällen. Keine Frage, diese Praxis muss geändert werden.* Ein entsprechender Beschluss des Bundesrates vom 15. Mai 2009 konnte, so Koeppen, bisher jedoch nicht im Bundestag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies sei nun erst nach der Wahl am 27. September möglich.

Ähnlich beantwortet der CSU-Abgeordnete Hartmut Koschyk die Anfrage der VOS. Auch er erkennt an, dass mit der bisherigen Gesetzgebung zur Opferpension noch kein Abschluss der Bemühungen um Wiedergutmachung eingetreten sei. Den Unionsparteien gehe es auch um eine Einbeziehung der Geschichte der deutschen Teilung und der Rolle der SED-Diktatur in den Unterrichtsstoff der Schulen. Dies sei in erster Linie in Landeshoheit durchzusetzen. Verstärkt soll hierbei die Einbeziehung von Zeitzeugen erfolgen, die unter den Unterdrückungsmaßnahmen der SED-Diktatur gelitten haben. In Berlin sei speziell an Besuche der Gedenkstätte für die Stasi-Opfer in Hohenschönhausen gedacht. Dies sei nicht nur für Berliner Schulen, sondern für alle deutschen Schülerinnen und Schüler vorgesehen, wobei sich eine Klassenfahrt nach Berlin damit verbinde. Koschyk erinnerte daran, dass durch das Kulturministerium des Bundes erst kürzlich 70.000 Euro zur kurzfristigen Überbrückung finanzieller Schwierigkeiten bereitgestellt worden seien. Damit werde das Interesse der Politiker an der Unterstützung einer geschichtsträchtigen Bildungspolitik sichtbar.

Ebenso sei im Rahmen eines Gesamtkonzepts die Unterhaltung weiterer Gedenkstätten, die an die Unterdrückung des SED-Apparates erinnerten, vorgesehen. Durch die Unionsparteien werde ferner die Errichtung eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin sowie in Leipzig befürwortet. *Hugo Diederich*

Einladung zur Gedenkfeier in Sonneberg am 3. Oktober

Mehrere Landesgruppen rufen zu einer großen Veranstaltung am selbst errichteten Gedenkkreuz und anschließender Buchlesung auf

Am 3. Oktober 2006 errichteten wir mit den Landesgruppen Hessen/Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Thüringen am ehemaligen Todesstreifen zwischen Sonneberg und Neustadt ein mahnendes Kreuz mit der Aufschrift

ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER DER TEILUNG DEUTSCHLANDS

und pflanzten dazu symbolisch auch eine Linde.

Unter Teilnahme des VOS-Bundesvorstandes aus Berlin, den Bürgermeistern der beiden Grenzstädte und Frau Hildigund Neubert als Landesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen MfS des Freistaates Thüringen legten wir an dieser Gedenkstätte Kränze nieder.

Es soll eine Mahnung an alle demokratischen Kräfte sein, daraus die richtigen Lehren zu ziehen und neuen Diktaturen keinen Nährboden zu geben.

Die Erinnerung wach zu halten und weiter zu tragen ist unsere Pflicht als politisch Verfolgte, und somit veranstalten wir an gleicher Stelle, organisiert von den Landesgruppen Hessen, Bayern und Thüringen

am Samstag, d. 03. Oktober 2009

eine Gedenkfeier mit folgendem Ablauf:

Beginn: 14.00 Uhr
Ende: ca. 14.45 Uhr
Moderation: Frau Hildigund Neubert

Ort: Ortsausgang Sonneberg in Fahrtrichtung Neustadt (rechts an einer Baumgruppe mit Holzkreuz)

Anschließend findet um **16.00 Uhr im Rathaussaal**
Sonneberg, Bahnhofsplatz 1
eine Autorinnenlesung mit Podiumsdiskussion mit
Frau **Dr. Carmen Rohrbach** aus Schondorf über ihre Haftzeit in Hoheneck und ihr Buch „Solange ich atme“ (Fluchtversuch über die Ostsee) statt.

Dr. Jörg Bilke aus Coburg eröffnet mit einleitenden Worten über seine Haftzeit in Waldheim als entführter bundesdeutscher Journalist und sein Buch „Der Hund des Odysseus“ die Lesung.

Zu der Gedenkfeier sind alle Bürger der näheren Umgebung, Mitglieder der VOS und politisch Verfolgte der ehemaligen DDR herzlich eingeladen. Pressevertreter und eventuell das Regionalfernsehen sind präsent.

Im Gedenken an die über 1.000 namentlich bekannten Toten, die ihren Wunsch nach Freiheit an der innerdeutschen Grenze mit dem Leben bezahlten, soll unser Gedenken eine Mahnung sein und unsere Zeitzeugen sind Beweis dafür, mit welchen Machenschaften die DDR die Meinungsfreiheit unterdrückte und hohe Zuchthausstrafen an unschuldige Bürger verhängte.

Siegfried Keil (Landesgruppe Hessen-Rheinland-Pfalz)

Flucht in den Westen durch einen sowieso schon offenen Zaun

Jörg Petzold wollte noch am 10. September 1989 seinen Sohn von Ungarn nach Österreich schleusen

Seit meinem Weggang 1975 aus Mitteldeutschland habe ich fortan nur auf ein persönliches Ziel hingearbeitet: meine beiden Söhne in die Freiheit zu holen.

1980 wollte ich Kontakt mit dem Schweizer Fluchthelfer L. aufnehmen und fuhr deshalb nach Zürich. Seine Villa in einem Vorort von Zürich und dessen Umfeld haben mich aber davon abgehalten, mein Vorhaben mit ihm zu besprechen. 1982 hatte ich ein längeres Gespräch mit Dr. Rainer Hildebrand in Berlin, aber er kannte mich nicht und war dementsprechend vorsichtig.

Die Zeit verging und 1988 traf ich mich mit meinem älteren Sohn in Budapest. Noch war der Ostblock relativ stabil, und erst ein Jahr später kam das Finale. Am 4. September 1989 fuhr ich mit meiner Partnerin nach Ungarn, um meinen jüngeren Sohn, welcher mit dem Zug via Prag nach Budapest kam, zu treffen.

Unsere Absicht war klar. Wir suchten die deutsche Botschaft in Budapest auf, und sie schickte uns in das Lager des Malteser Dienstes in eine Vorstadt von Budapest. Tausende junger Menschen aus Mitteldeutschland waren dort versammelt. Links am Eingang im Areal war ein großes Zelt, wo man sich registrieren lassen konnte. Fernsehsender aus vielen Ländern waren vor dem Tor präsent, u. a. Japan TV.

Es war der 10. September 1989. Wir wollten dort in Budapest nicht bleiben, und es gab an der Grenze zum Burgenland keine Minen, und Sopron hatte ja gezeigt, wie es läuft. Von Körmend/Ungarn fuhren wir in Richtung Grenzübergang Heiligenkreuz, und von weitem sah man die Grenzbefestigung parallel zur Straße. Nach ca. 19 km stellten wir das Auto ab, meine Partnerin blieb darin sitzen, und ich ging mit meinem Sohn ca. 15 Minuten in Richtung grüne Grenze. Dabei unterlief uns ein Fehler, denn nach Überwindung eines doppelten Stacheldrahts glaubten wir, es sei bereits die Grenze gewesen.

Mein Sohn überwand den Verhau und verschwand im Wald. Ich ging zum Auto zurück, und wir fuhren Richtung Grenzübergang. Die Abfertigung verlief ohne Probleme, und wir fuhren wie abgemacht zu einem anderen Übergang, um dort zu warten. Dabei fiel mir ein, ich hatte den blauen Personalausweis von meinem Sohn noch im Auto zu liegen. Gegen 22 Uhr waren wir am Übergang Schachendorf.

Das Rote Kreuz von Österreich hatte ein Zelt aufgebaut, und wir redeten mit den Helfern und tranken Tee. Es wurde Mitternacht, und ich machte mir nun Sorgen. Am 11. September 1989 wartete ich vergebens auf meinen Sohn, und gegen 2 Uhr fuhren meine Partnerin und ich wieder nach Deutschland.

Was war passiert? Mein Sohn wurde im Niemandsland von ungarischen Grenzern festgenommen und zum Plattensee gefahren. Da er keine Papiere bei sich hatte, brachte man ihn nach Budapest. In ein eben erst geräumtes Lager mit noch ca. 10 anderen Leuten. Am 11. September 1989 öffneten die Ungarn die Grenze. Am 13. September 1989 flog meine Partnerin zurück nach London und ich konnte sie nicht zum Airport Frankfurt bringen. Ich telefonierte mit der ungarischen Botschaft in Bonn – ohne Erfolg, und gegen 15 Uhr erhielt ich einen Anruf von meinen Sohn aus Budapest. Er könne ausreisen, aber dazu brauche er seinen Personalausweis.

Wir verabredeten uns um 5 Uhr am Gellen Hotel.

Ich habe das Auto getankt, Geld von der Bank geholt und gegen 18 Uhr war ich auf der Autobahn Richtung Wien und dann nach Budapest. Ungarn war damals noch visumpflichtig und in Hegyeshalon zahlte ich die 600 Formt Eintrittsgeld; man machte noch ein Photo von mir und gegen 4 Uhr war ich in Budapest.

Ich war ein wenig eingeschlafen, und gegen 5 Uhr saß mein Sohn neben mir im Auto. Es ging sofort zurück zum Grenzübergang Nickelsdorf. Der eiserne Vorhang, welcher immer noch bestand, wurde problemlos überfahren. Die Österreicher nahmen die Personalien von meinem Sohn kurz auf und es ging nun Richtung Deutschland. In Passau wollte der BGS noch einiges wissen, es gab einen Beutel mit den obligatorischen Bananen und gegen 16 Uhr waren wir in meiner Wohnung in der Pfalz.

Ab Wien fuhr mein Sohn das Auto und ich hatte Zeit über meine eigene Flucht vor 26 Jahren nachzudenken. Wie viel von den jungen Leuten damals im Lager Budapest haben es im freien Westen geschafft und wie viel sind gescheitert?

Den aufrechten Gang haben die SED Kommunisten ihren Untertanen über 40 Jahre Diktatur abgewöhnt, und die Linken möchten gern dieses Rad zurückdrehen. Beide Diktaturen im Deutschland des letzten Jahrhunderts sind auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet und auch Demagogen wie Bisky, Lafontaine und Co. werden den roten Leichnam nicht wieder zum Leben erwecken.

Die Verbrechen der Kommunisten waren zu groß, als dass sie vergessen werden könnten. *Jörg Petzold*

Geschichtsblick der Fg

Im September 1989 öffnete Ungarn das Tor zur Freiheit

Nachdem bereits am 19. August 1989 hunderte in Ungarn befindliche DDR-Bürger ein paneuropäisches Picknick in der Nähe von Sopron zur Flucht nach Österreich genutzt haben und zwei Tage später an der ungarisch-österreichischen Grenze ein Flüchtling von einem ungarischen Wachposten erschossen wird, lässt die ungarische Regierung am 11. September 1989 um 0.00 Uhr offiziell die Grenzbefestigungen niederreißen. Damit setzt ein Flüchtlingsstrom ein, der für die DDR-Regierung (man nannte das „organisierten Menschenhandel“!) binnen kurzer Zeit zum endgültigen Desaster führt. Gleichzeitig füllen sich in mehreren osteuropäischen Hauptstädten die deutschen Botschaften so sehr, dass jene in Prag am 23. August geschlossen wird und Ungarn im September 1989 die Budapester Botschaftsbesetzer in den Westen ziehen lässt. Auch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin haben sich im August zahlreiche DDR-Bürger eingenistet. Der Leiter der Vertretung ist mit der Situation nahezu überfordert.

In vielen Städten der DDR brodelt es, als insbesondere die Montags-Demos beginnen. Am 12. September wird die Bewegung „Demokratie jetzt!“ gegründet. Immer wieder wird auch der Vorwurf des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen erhoben. *A. R.*

Beeindruckend und beängstigend – aber unbedingt notwendig

Durch die Initiative des früheren MdB Hartmut Büttner endlich auch Stasi-Verbrechen im westlichen Teil Deutschlands dokumentiert

Trotz Konkurrenz des neuen Harry Potter Films war das Kino 9 im CineStar am Garbsener Rathausplatz völlig überfüllt. Grund, war die Vorstellung der hochinteressanten Dokumentation „Der lange Arm der Stasi reichte bis Garbsen.“ Zusammengestellt wurde sie vom heutigen Garbsener Ratsvorsitzenden Hartmut Büttner.

Im Wechselspiel mit Dieter Albrecht, dem Vorsitzenden des Vereins Leselust Garbsen, stellte Büttner „spannende Geschichten aus der Wirklichkeit“ vor. Die Dokumentation zeichnet in ihrem ersten Teil den Lebensweg von vier heutigen Garbsenern nach. Sie stammen zumeist aus der ehemaligen DDR und haben als Opfer zum Teil erheblich unter den Pressionen der Staatspartei SED und ihrem gnadenlosen Geheimdienst gelitten.

Mitarbeiter der Firma Eisenmüller aus Osterwald wurden bei ihren DDR-Arbeitseinsätzen strengstens überwacht. Genau so erging es DDR-„Gastarbeitern“ die im Gegenzug auf heimischen Baustellen arbeiteten.

Vier weitere Beiträge zeigen, dass Garbsen auch Operationsfeld für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war. So wurden sämtliche Raketenstandorte in Niedersachsen von einer in Heitlingen wohnenden Familienzelle ausspioniert und an die Stasi verraten. Die Heitlinger Zelle gehörte mit der „Residentur Mitte“ zu den wirkungsvollsten Spionageeinrichtungen des Staatssicherheitsdienstes. Außerdem: Ein Wirtschaft und Militärspion kam aus Schloss Ricklingen; ein Stasifunker aus Osterwald und ein Leine-Zeitungsartikel führte zu Operativmaßnahmen der Stasi gegen einen Alt-Garbsener. Sechs Garbsener sind sogar zu Haftstrafen wegen Spionage verurteilt worden.

Die ehemalige Bürgerrechtlerin und heutige Thüringer Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Hildigund Neubert hatte zu Beginn der Veranstaltung einen Einblick in die Spionagetätigkeit des DDR-Geheimdienstes im Westen Deutschlands gegeben. Zwischen 20.000 und 30.000 Westdeutsche spionierten im Laufe der Jahrzehnte für die Stasi. Geld und die ideologische Nähe zur SED Politik waren ihre Hauptgründe.

Ein interessanter Schulungsfilm der Stasi belegte dabei plastisch die Methodik des MfS. Wegen des Rieseninteresses gab es eine Neuauflage der Veranstaltung am 3. August 2009, die, zwar ebenfalls als Dokumentation „Der lange Arm der Stasi reichte bis Garbsen“ betitelt wurde, aber keine einfache Kopie der Auftaktveranstaltung war. Vor fast 300 Teilnehmern lasen Autor Hartmut Büttner und Leselust-Chef Dieter Albrecht im größeren Kino 3 des CineStar in Garbsen „spannende Geschichten aus der Wirklichkeit“ vor. Die beeindruckenden Fakten über Stasi-Opfer und Stasi-Täter in Garbsen gaben genügend Stoff für eine lebendige Diskussion. Beeindruckend waren vor allem erschütternde Einzelheiten aus der Stasi-Haft. Ex-Häftling Gernot Preuss: „Wir haben alle an Spätfolgen aus dem individuellen Terror in den Haftanstalten zu tragen. Bei mir wurde vor allem durch Schlafentzug und durch das Einschleusen von Provokateuren versucht meinen Willen zu brechen.“

Hartmut Büttner (Foto: Internet) war über vier Legislaturperioden Mitglied des Deutschen Bundestages und übte dort verschiedene Funktionen aus. Aus familiären Gründen trat er 2005 nicht mehr zur Wahl an. Er ist seitdem jedoch weiterhin politisch aktiv und beteiligt sich an der Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Teilung.

Auch weitere Besucher schilderten Beispiele von subtilen Einflussnahmen durch die Stasi und gut getarnten Anwerbeversuchen.

Die ehemalige Bürgerrechtlerin und heutige Thüringer Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Hildigund Neubert, war trotz der Entfernung erneut aus Erfurt nach Garbsen gekommen. Sie stellte an vielen Beispielen dar, wie intensiv die Spionageaktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland waren. Frau Neubert gab auch Einblicke in ihre praktische Arbeit vor allem mit SED-Opfern. Die sechs Landesbeauftragen für Stasiunterlagen in den sechs ostdeutschen Bundesländern sehen u. a. in der psychologischen Betreuung von häufig traumatisierten Opfern eine ihrer Hauptaufgaben.

Hartmut Büttner fordert seit langem ähnliche Anlaufstellen auch in den westlichen Bundesländern: „Im Westen sind die SED-Häftlinge mit den längsten Haftstrafen gelandet. Dies geschah vor allem durch die Freikaufspraxis aller Bundesregierungen.“

Bürgermeister Alexander Heuer stellte in seinem Grußwort auch die vielfältigen Initiativen der Stadt Garbsen und von vielen Organisationen und Verbänden zum Jubiläum für Freiheit und Einheit vor. Heuer lud die Besucher auch zum Besuch der Ausstellung der Stasi-Unterlagenbehörde „Feind ist, wer anders denkt ein“. Die Ausstellung wurde vom 13. August bis zum 28. August 2009 in der Rathaushalle gezeigt. Die Ausstellung wurde von der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler persönlich am 12. August eröffnet werden. Im Jahr 2009 wird die Ausstellung nur in Landeshauptstädten gezeigt und in Garbsen.

Text-Quelle: CDU Garbsen

Bücher Blick

Leipziger Schicksale

Erich Loests neue Erzählung

Irgendwo hat Erich Loest einmal geschrieben: „Leipzig ist unerschöpflich!“ Gemeint ist damit die Stofffülle, die die Stadtgeschichte an zerbrochenen Biografien aus zwei Diktaturen dem aus Mittweida stammenden Wahlleipziger anbietet. Mehr als 60 Jahre hat er nun in dieser Stadt gelebt, nachdem er 1947, zwei Jahre nach Kriegsende, zugezogen ist, als Journalist für die „Leipziger Volkszeitung“ gearbeitet und 1950 seinen ersten Roman „Jungen, die übrig blieben“ veröffentlicht hat, der ihn über Nacht berühmt machen sollte. Genau genommen sind es 62 Leipziger Jahre, von denen sieben im Bautzener Zuchthaus 1957/64 und 17 im „westdeutschen Exil“ 1981/98 abzuziehen sind.

Von politischer Verfolgung mit Lagerhaft und Zuchthaus sind auch die beiden Helden dieser Erzählung betroffen, von denen hier berichtet wird: Der Leipziger Kommunist Paul Böttcher (1891-1975) und der Westberliner Journalist Wolfgang Veith (1929-2005). Erzählt wird aus der Perspektive des Leipziger Parteischriftstellers Bernd Kielmann (77), der 2008/09 an einem Manuskript über diesen Paul Böttcher arbeitet, und der es nicht verwinden kann, im Dezember 1989 bei der SED-Bezirksleitung seine Parteidokumente in einen für solche Zwecke bereitstehenden Wäschekorb entsorgt zu haben.

„Ein stiller Genuss für Liebhaber.“

Deutschlandradio Kultur über das neue Buch von Erich Loest

Bevor die Erzählung einsetzt, erfährt der Leser in Kursivschrift: „Paul Böttcher und Wolfgang Veith haben gelebt, alle zitierten Dokumente sind echt.“ Allerdings ist über den Schriftsteller Paul Böttcher, geboren und aufgewachsen in den Arbeitervierteln des Leipziger Ostens, wesentlich mehr bekannt als über seinen späteren Mithäftling Wolfgang Veith im Arbeitslager Workuta am Eismeer. Man kann seine biografischen Daten nicht nur im Internet aufrufen, sondern auch in Hermann Webers biografischem Handbuch „Deutsche Kommunisten“ von 2008 nachlesen. Sein Weg zum Kommunismus begann mit der SPD-Mitgliedschaft 1908 und führte über den Umweg des USPD-Beitritts 1917 zur KPD-Mitgliedschaft im Dezember 1920, nachdem er im November 1918 Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ geworden war. Die steile Parteikarriere bis zum Chefredakteur der KPD-Zeitung „Rote Fahne“ in Berlin, zum Vorsitzenden der KPD-Landtagsfraktion in Dresden und zum Finanzminister unter Erich Zeigner (SPD) wurde 1929 unterbrochen, als er aus der KPD ausgeschlossen wurde. Er trat zur „Kommunistischen Partei-Opposition“ (KPO) über, emigrierte in die Schweiz und lebte 1934/44 illegal in Genf. Im September 1945 nach Berlin zurückgekehrt, flog er „zur Klärung seiner Arbeit in der Schweiz“ am 23. Februar 1946 nach Moskau, wurde dort verhaftet und am 12. Februar 1947 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, am 18. März 1956 wurde er, inzwischen 65 Jahre alt, schwerkrank entlassen.

Am Eismeer „im Schacht 34“ hatte er den „feindlichen Journalisten“ Wolfgang Veith vom Westberliner „Tagesspiegel“ getroffen, ein junges Bürschchen noch, 1948 von den Russen in Leipzig, als er seine Mutter besuchte, verhaftet und nach Workuta verschleppt. Auch er wurde 1956 entlassen, noch vor Paul Böttcher, schrieb wieder, nun 27 Jahre alt, für den „Tagesspiegel“, genoss das wilde Leben in Freiheit, reiste durch die Welt und schrieb seinem ehemaligen Leidensgefährten hämische Ansichtskarten, unterzeichnet mit „Peter Brugsch“. Denn der war, trotz des gestohlenen Lebens, Kommunist geblieben, bekam die Höchstrente als NS-Verfolgter, telefonierte einmal mit Hans Mayer, dem Leipziger Literaturprofessor, der um 1933 auch KPO-Mitglied gewesen war. Seine Parteimitgliedschaft wurde schließlich rückwirkend seit 1908 anerkannt, trotz des politischen Fehltritts von 1929, er wurde zum stellvertretenden Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ ernannt, 1966 mit dem „Karl-Marx-Orden“ ausgezeichnet und 1975 auf dem Leipziger Südfriedhof beigesetzt.

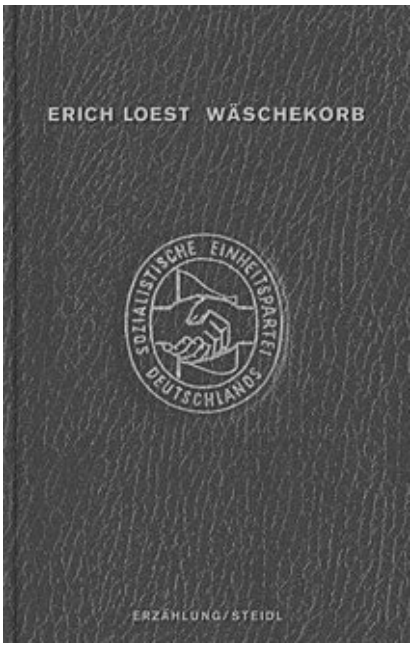
Erzählt werden diese beiden zerstörten Biografien von Bernhard Kielmann, der aber nach einem Schlaganfall aufgibt und Manuskript wie Materialsammlung der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ überlassen möchte; und von seiner Frau Suse, die regelmäßig den Leipziger Stammtisch der „Linkspartei“ besucht, wo sie alte Genossen trifft wie Siegrid Lohse, die frühere Sekretärin Paul Böttchers, und die in langen Telefongesprächen ihrer in Süddeutschland lebenden Tochter Irmgard über den Fortgang des Schreibprozesses berichtet.

Immerhin ist der schreibende Kommunist um Objektivität bemüht und will auch die Gegenseite hören. Also fährt er nach Berlin und trifft den todkranken Wolfgang Veith im Café Kranzler, von dem er erfährt, er wäre am 12. August 1961 just in diesem Café von einer Agentin der „Staatssicherheit“ betäubt und nach Ostberlin entführt, zu zehn Jahren verurteilt, die er in Bautzen II verbracht hätte, und im Sommer 1969 entlassen worden.

Bernd Kielmann arbeitet wie besessen, um diese beiden Leipziger Schicksale, die ineinander verflochten sind, aufzuklären, was ihm zu DDR-Zeiten verwehrt gewesen wäre. Denn auch Wolfgang Veith war, wie Paul Böttcher, ein Arbeiterjunge aus dem Leipziger Osten, wo übrigens auch Erich Loest gewohnt hat. So scheint ihm auch der Bautzen-Artikel aus dem Berliner „Tagesspiegel“ von 1969 vorzuliegen, dessen Verfasser ihm „zur zweitwichtigsten Person in diesem Bericht“ wird.

Was Paul Böttcher betrifft, so verfügt er über dessen Lebenslauf, geschrieben für die Parteikontrollkommission am 26. März 1956, schon acht Tage nach der Abreise aus Workuta. Auch die „Gauck-

Birthler-Behörde“ an Leipzigs „Runder Ecke“, hat er, widerwillig, aufgesucht.



Warum hat er aufgegeben, diese Geschichte zu vollenden? Er selbst gibt „objektive Gründe“ an, nicht „weil ich krank bin“. Welche Gründe sind das? Konnte er psychisch nicht bewältigen, was er an Grauenvollem aus der Geschichte der Leipziger Kommunisten vor und nach 1945 entdeckt hat? Was verschweigt er? Wen im heutigen Leipzig könnte diese Geschichte interessieren und wen im noch ferneren Westdeutschland?

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Erich Loest **„Wäschekorb“, Erzählung,** Steidl-Verlag, Göttingen 2009, 112 Seiten, 10.00 Euro

Leistikow – wer war das?

Ein kleiner Informationsservice der Freiheitsglocke

In Potsdam gibt es die Leistikowstraße, in der sich nach 1945 das Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Spionageabwehr befand. Hier wurden zahlreiche Unschuldige gefoltert und erhielten ohne Urteil hohen Strafen.

Wer war Leistikow. Der Name klingt zwar russisch, doch Leistikow war ein deutscher Maler, der 1865 in Bromberg (Bydgoszcz) geboren wurde und 1908 aus gesundheitlichen Gründen Selbstmord beging. Walter Leistikow stellte vorwiegend Landschaftsmalerei her. Er lebte und starb in Berlin, wo er auch ein Ehrengrab erhielt.

Hugo Diederich

Eine fast unheimliche Begegnung

Wie VOS-Kamerad Dr. Heinz Schneider vor 48 Jahren einen Mann behandelte, der sich als Walter Ulbricht ausgab

Es war im Sommer 1961, in dem die Mauer gebaut wurde und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft fast abgeschlossen war. In der Poliklinik des Krankenhauses Ludwigsfelde stellte sich damals ein etwa 30 bis 35 Jahre alter Patient mit dem Namen WALTER ULBRICHT vor und nahm im Warteraum Platz. Als ich ihn extra laut und deutlich mit seinem Namen WALTER ULBRICHT zum Eintritt in den chirurgischen Behandlungsraum aufrief, lachte der ganze Wartesaal.

Der Mann war bekleidet wie ein Bauer, trug Gummistiefel und auch einen typischen gummierten Regenmantel. Er gab vor, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Seine Anschrift habe ich mir – leider – nicht gemerkt.

Es war die Zeit des Mauerbaus vor nunmehr 48 Jahren und der bereits weitestgehend abgeschlossenen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Wegen eines nicht sonderlich gefährlich erscheinenden Lokalbefundes erhielt er auf Anweisung meines chirurgischen Chefs, Medizinalrat Dr. Strohe, von mir eine Tetatoxoid-Injektion (vorbeugende Impfung gegen Wundstarrkrampf), die wir gewöhnlich subkutan in den linken Oberarm verabreichten. Als ich ihn bat, seine entsprechende Körperstelle frei zu machen, sagte Herr Ulbricht zu mir: „Erschrecken Sie bitte nicht, denn ich trage eine Waffe unter dem linken Arm.“

Tatsächlich trug er einen Pistolengurt mit der dazu gehörenden geladenen Waffe im Bereich der linken Achselhöhle.

Hieß er wirklich „Walter Ulbricht“? Oder hatte er die Aufgabe, mit diesem Namen unbescholtene Bürger zu provozieren und zu unbedachten politischen Äußerungen hinzureißen, oder war er als ein wirklicher Walter Ulbricht – Entschuldigung – nur so etwas wie ein normaler Kriminalpolizist?

Ich weiß es bis heute nicht und wunderte mich schon vor fast 5 Jahrzehnten über die ungewöhnliche, sicher sehr seltene Konstellation. Jedenfalls war er in meinem Leben unter sicher weit mehr als 30.000 Patienten die einzige Person, die in der Sprechstunde erkennbar mit einem Pistolengurt erschienen ist. Und dieser Mensch trug ausgerechnet denselben Namen wie der wenig geliebte, von vielen sogar gehasste Vorsitzende des Staatsrates der DDR, der damals das hässlichste deutsche Bauwerk– die Mauer – trotz gegenteiliger vorheriger Beteuerung bauen ließ. Etwa 140 Flüchtende waren an ihr von DDR-Schergen zwischen 1961 und 1989 getötet worden. Erst vor rund 20 Jahren konnte sie durch die politische Wende und den damit verbundenen Mauerfall am 9. November 1989 beseitigt werden. Seitdem leben wir in keinem „Großraumknast“ mehr und sind wieder „ein Volk“.

Dr. Heinz Schneider

Historisch gesehen

Der geklaute Mikrochip

Vor zwanzig Jahren übergab Honecker den 32-Bit-Prozessor an Genossen Gorbatschow

Die Fernsehbilder von damals bestätigen es bis heute: Erich Honecker, der inzwischen mehr und mehr von bundesdeutschen Politikern rehabilitiert wird, übergab wenige Wochen vor seinem erzwungenen Abtritt den ersten im Ostblock hergestellten Mikro-Chip an den sowjetischen Partei-Chef Michael Gorbatschow. Gorbatschow nahm den Chip entgegen und erteilte Honecker ein formelles Lob.

Dass das Erzeugnis, das heute zum Alltagsangebot gehört, ein Produkt der Spionagetätigkeit Ost-Berlins war, wurde erst später bekannt. Propagandistisch nutzte Honecker die Präsentation des Chips zu jenem Zitat, mit dem er sich bis auf die Knochen blamierte: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs’ noch Esel auf.“ Er tat diesen Ausspruch vor Werktätigen eines Erfurter Industriebetriebes.

In der Tat, aufhalten konnten den Honecker’schen Sozialismus weder Ochs’ noch Esel, hatten sie doch zuvor die Karre schon in den Dreck gezogen. *A. R.*

Wohin der lange Arm der Stasi reichte

Kamerad Herbert Hofmann zu Gast bei Hellweg Radio

Ende Juni dieses Jahres erhielt Herbert Hofmann, Mitglied der VOS Bezirksgruppe Detmold, die Gelegenheit, beim lokalen Sender Hellweg Radio in der Reihe „Lippstädter Köpfe“ sein Lebensschicksal vorzustellen. Der Kontakt zu dem Sender kam eher zufällig zustande, da der Journalist Matthias Marx in der Nachbarschaft wohnt. An zwei Abenden erzählte Herbert Hofmann jeweils eine Stunde lang von seiner Jugend in Werdau in Sachsen, wo er das Kriegsende erlebte. Im Mittelpunkt stand die schwerste Zäsur in seinem Leben, die Inhaftierung durch das MfS.

Als junger Mann wurde Herbert Hofmann aus heiterem Himmel im Februar 1951 in seiner Heimatstadt Werdau verhaftet. Verhöre unter Schlafentzug, Einzelhaft und Steharrest in einem dunklen, feuchten Keller erbrachten schließlich die geforderten Geständnisse. „Viele haben damals zugegeben, was sie gar nicht getan haben“, sein Kommentar.

Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus wegen „Kriegs- und Boykotthetze“ und „Gefährdung des Weltfriedens“.

Was wirklich zur Verhaftung führte, kann sich Herbert Hofmann bis heute nicht zusammenreimen.

Unterdessen wussten die Eltern nichts von der Inhaftierung ihres Sohnes. Erst als der Vater die Arbeit verlor und der Familie die Wohnung gekündigt wurde, ahnte man, dass der Sohn wohl in Ungnade gefallen war.

Es folgte ein Bericht über das berüchtigte Zuchthaus in Waldheim, aus dem Kamerad Herbert Hofmann schließlich nach insgesamt 18 Monaten Haft wieder entlassen wurde.

Doch was auf ihn wartete, war nicht etwa die Freiheit, sondern fünf Jahre „Sühnemaßnahmen“ nach Kontrollratsdirektive 38. „Sie wollten vor allem verhindern, dass ich meinen Unterhalt durch Arbeit verdiene. Nie habe ich in dieser schweren Zeit gestohlen. Zum Glück hatten wir einen kleinen Garten, aus dem wir uns ernähren konnten. Ich habe erlebt, wie sich eine Familie, weil sie nicht mehr weiter wusste, aus dem gleichen Grund umgebracht hat.“

Dieses Erlebnis war der letzte Anstoß, der DDR den Rücken zu kehren. Mit der S-Bahn floh Herbert Hofmann nach West-Berlin. Das war nicht so einfach, wie es sich anhört. Der Zug fuhr eigentlich von Potsdam durch bis nach Berlin-Friedrichstraße. Das S-Bahngelände und die Bahnhöfe in West-Berlin gehörten der DDR und wurden von der „Trapo“ bewacht. Im Bahnhof Wannsee zog Herbert Hofmann die Notbremse, sprang aus dem Zug, überwand den Zaun und war in Freiheit.

Über die Notaufnahmelager Marienfelde und Unna-Massen gelangte er nach Radevormwald, wo er sich als Monteur eine Existenz aufbaute, heiratete und eine Familie gründete.

Zu einer weiteren unheimlichen Begegnung mit der Staatssicherheit der DDR kam es im Jahre 1980. Seine Ehefrau war soeben verstorben und mit der 10-jährigen Tochter unternahm er eine Kurzreise nach Berlin. Trotz schwerer Bedenken entschloss er sich zu einem Besuch im Ostteil. Dort wurden beide vom MfS festgenommen und in ein Lager für rückkehrwillige ehemalige DDR-Bürger bei Bernau gebracht. Sie wurden drei Monate festgehalten, bis das MfS zweifelsfrei geklärt hatte, dass eine Rückkehrabsicht keinesfalls bestand.

Da in Radevormwald niemand vom Verbleib der beiden wusste, wurde unterdessen der Hausstand aufgelöst und die Wohnung weiter vermietet. Ein weiteres Mal hatte die Staatssicherheit Herbert Hofmanns Existenz vernichtet. Auch diesen Schlag hat er letztlich gemeistert. Heute lebt er bei seiner Tochter in Lippstadt und ist aktives Mitglied der VOS Gruppe. *Bernd Pieper*

Zeitzeugen= Programm der VOS

Damals in der DDR

Kamerad Bernd Pieper mit Vortrag an Paderborner Schule

Zu jenen Kameraden der VOS, die bereit stehen, wenn es um die Erledigung von Aufgaben geht, gehört auch Bernd Pieper, Vorsitzender der Bezirksgruppe Detmold und mehrere Jahre Mitglied im Bundesvorstand unseres Verbandes. Für die Älteren in seiner Region ist er Ansprechpartner in nahezu allen Belangen und Organisator der halbjährlich stattfindenden Versammlungen, in denen Gemütlichkeit und Vertrautheit die Atmosphäre prägen.

Nun ist Bernd Pieper auch im Zeitzeugen-Programm zur Aufklärung junger Menschen aktiv geworden. Eine Schule in Paderborn, nicht weit von Piepers Heimatstadt Gütersloh, lud den inzwischen 57-Jährigen zu einem Geschichtsvortrag ein, für den sich eine zehnte Klasse interessierte. Pieper berichtete hier mit authentisch geprägten Worten über seine „Verbrechen“ in der damaligen DDR. Es ging um das „Abhören von Feindsendern“. Dies reichte bereits, um ihn als Schüler bei der Stasi zum Verhör vorzuladen.

Später verliebte er sich während einer Reise in die Sowjetunion in die Tochter eines hohen Offiziers. Eine solche Verbindung war angesichts der ideologischen Auffälligkeiten Bernd Piepers unerwünscht. Die Stasi durchsuchte heimlich seine Schränke und fand Mitschriften von Musiksendungen aus westlichen Hit-Paraden. Pieper erhielt dreieinhalb Jahre Haft, wurde jedoch vorzeitig freigekauft. Mit seinem Vortrag ermöglichte Kamerad Pieper den Schülerinnen und Schülern auch das Stellen von Fragen, egal wie naiv diese mitunter schienen. Der Auftritt als Zeitzeuge war ein Beweis, wie wichtig die Arbeit mit jungen Menschen gerade heutzutage, da die Linken wie eine Walze auf dem Vormarsch sind, ist.

H. Diederich

Gefunden:

DIE LINKE ist die demokratischste aller Parteien. Sie steht wie keine andere für die im Grundgesetz verankerten Menschen- und Bürgerrechte, die tagtäglich für Wirtschafts- und Machtinteressen verletzt werden.

Aus dem kommunalen Wahlprogramm der Partei die Linke

Pressemitteilung:

Linken-Politiker Ramelow beschäftigt ehemalige STASI-Offizierin

VOS fordert sofortige personelle Konsequenzen

Maßlose Empörung herrscht bei vielen ehemaligen Regime-Gegnern der einstigen DDR, und auch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) ist entsetzt, weil der Fraktionsvize der Linken Ramelow eine hochrangige Stasi-Offizierin in seinem Bundestagsbüro beschäftigt. Wie das Magazin SPIEGEL berichtet, führt die frühere Referatsleiterin der MfS-Hauptabteilung III, Hauptmann Marion Wallrodt, heute das Sekretariat des Thüringer Bundestagsabgeordneten Ramelow in Berlin. Hugo Diederich, stellvertretender VOSBundesvorsitzender, erklärte: „Wir fordern vom Bundestagspräsidium einen interfraktionellen Beschluss, wonach Stasi-Kader im Parlamentsbetrieb nicht beschäftigt werden dürfen. Offensichtlich ist dies erforderlich, weil die Linkspartei jeden Anstand verloren hat."

Nach Recherchen des SPIEGEL hat Fraktionsvize Ramelow die Stasi-Genossin eingestellt, obwohl er deren Vergangenheit kannte. Wallrodt war 20 Jahre für den DDR-Spitzelapparat tätig, bis 1990 als Referatsleiterin in einer Abteilung, die Westpolitiker ausspionierte. Die Stasi bescheinigte Wallrodt in einer Beurteilung 1988 „ein fest gefügtes Feindbild" und „tschekistische Verhaltensweisen". Dafür wurde sie von der DDR-Staatssicherheit mit 7 Orden ausgezeichnet. Hugo Diederich erklärt weiter: „Solche Leute wie Frau Wallrodt desavouieren den demokratischen Parlamentsbetrieb. Wir fordern Herrn Ramelow auf, die Stasi-Offizierin zu entlassen. Es kann nicht angehen, dass die Täter von einst mit Steuergeld durch die Hintertür finanziert werden."

Eine unerwartete Ehrung für einen eigentlich Vergessenen

Ehrung für einen fragwürdigen Staatsmann

Wilhelm Pieck, die Älteren und die Mitteljungen, die in der DDR aufgewachsen sind, werden ihn noch kennen. Er war der erste Präsident der DDR, unter seiner Führung wurden von Seiten der SED nach 1945 die Stalin'schen Verbrechen abgesegnet, als Mitglied des KPD-Vorstandes nahm er aktiv an der Zwangsvereinigung mit der SPD teil. Unbestritten ist, dass Pieck gegenüber Walter Ulbricht das kleinere Übel war. Dennoch, dass man ihm nun, wenn auch nur in der kleinen Gemeinde Kriebitzsch in Thüringen einen Gedenkstein aufgestellt hat, ist verfälschend und unangemessen. Dies sollten die Mitglieder des Gemeinderats eigentlich wissen. Vor allem die Begründung, einen Stauffenberg habe man ja auch geehrt, will so gar nicht passen. Stauffenberg hat versucht, für Deutschland die Demokratie wieder herzustellen, Pieck hat sie, was den Staat DDR betrifft, bewusst preisgegeben und zwar an einen der schlimmsten Diktatoren des vorigen Jahrhunderts.

Die VOS reagierte prompt und verurteilte die Denkmalerrichtung, die deutschlandweit für Aufsehen sorgte, sehr scharf. Ronald Lässig (41), der Pressesprecher der Vereinigung, nahm mit klaren Worten Stellung: „Wir sind grundsätzlich dagegen, wenn Protagonisten des Staatsterrors mit Denkmälern geehrt werden. Es ist außerdem gefährlich, da junge Menschen gar nicht mehr einordnen können, wer Wilhelm Pieck war."

Pieck galt nach seinem Tod als gutmütiger Landesvater, er wurde vor allem von der Pionierorganisation ideologisch vereinnahmt. *B. Th.*

Kurz vor Redaktionsschluss:
Am 17.09.2009 besuchen etwa 60 ehemalige politische Häftlinge sowie mehrere Gymnasialklassen die frühere DDR-Haftanstalt Cottbus. Das Ziel: „Wir wollen im Rahmen der politischen Bildung über Fragen des Extremismus damals und heute in die Diskussion zwischen Schülern, früheren politischen Häftlingen, Politikern und der Bevölkerung kommen. In Zeiten zunehmender Ostalgie wollen wir darauf aufmerksam machen, wie menschenverachtend die SED-Diktatur in Wirklichkeit war." ***Hugo Diederich***
Stellv. VOS-Bundesvorsitzender

Kameradinnen und Kameraden helfen der VOS per Spende

Auch in den Sommermonaten unterstützten viele Mitglieder den Verband

Margot Hinmüller, Horst Fischer und Schwester, Erika Wittfoth, Ingrid und Alfred Czubek, Rainer Buchwald, Hörgeräte Seidl, Horst Nachtigall, Theresia und Werner Malycha, Eberhard Zeibig, Ingeborg Tasler, Grube Immobilienverw. Gm bH, Siegfried Nölte, Gertrud Kaufmann, Gisela und Adolf Gissa, Erika Henkel, Günther Kowalczyk, Elke und Rolf Jacobsen, Dr. Ulla Parhofer, Gisela Böttger, MdB Manfred Kolbe, August Stolpe, MdB Christoph Waitz, Rosemarie und Jürgen Siman, Fritz Schaarschmidt, Horst-Günter Lisk, Dieter Veit, Stefan Lindner, Helmut Günther, MdB Volkmar Vogel, Eberhard Wendler, Guido Härtkorn, Irene Petzel, Heinz Richter, Lisbeth und Günter Krause, Holker Thierfeld, Jürgen Laue, Ingrid Schmidt, Ursula Helbig

Allen hier Aufgeführten im Namen des Bundesvorstandes und des Redakteurs ein herzliches Dankeschön. Jeder Beitrag hilft der VOS ein Stück weiter.

Wir trauern um

Kurt Lembcke	**Bezirksgruppe München**
Karl-Heinz Kaufmann	**Bezirksgruppe Westprignitz**
Friedrich-Wilhelm Grups	**Bezirksgruppe Westprignitz**
Martin Handke	**Bezirksgruppe Königs-Wusterhausen**
Werner Schickerling	**Bezirksgruppe Kiel**
Karl-Heinz Dorf	**Bezirksgruppe Gera**
Karl-Heinz Laeschke	**Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe**
Manfred Schmidt	**Bezirksgruppe Heidelberg**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Zeitzeugen und Exponate gesucht

Die Gedenkstätte Leistikowstraße in Potsdam sucht Zeitzeugen und Exponate für eine künftige Dauerausstellung. In der Ende 2008 gegründeten Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam haben die Vorbereitungen für den Aufbau einer künftigen Dauerausstellung zur Geschichte des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr in der Leistikowstraße 1 begonnen. Da die Gedenkstätte bisher über keine eigene Sammlung verfügt, suchen die Mitarbeiter Fotos, Erinnerungsstücke und Zeitzeugen zur Geschichte des Untersuchungsgefängnisses sowie des sowjetischen Sperrgebiets, des „Militärstädtchens Nr. 7“ am Neuen Garten.

Gesucht werden zum Beispiel Film- oder Fotoaufnahmen des 1916 vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein errichteten Hauses Mirbachstraße 1 (jetzt Leistikowstraße 1) oder seiner Umgebung in der Nauener Vorstadt. Außerdem sucht die Gedenkstätte Zeitzeugen, die im Untersuchungsgefängnis inhaftiert waren, denen der Ort aus anderen Gründen bekannt ist oder die einen ehemaligen Häftling kennen. Ebenso werden Personen um ihre Unterstützung gebeten, die 1945 oder später Kontakt zu den sowjetischen Truppen oder Zutritt zum Städtchen hatten.

„Um die Geschichte des Untersuchungsgefängnisses anschaulich zu erzählen, benötigen wir Gegenstände, Erinnerungsstücke und Fotos, die wir in der künftigen Ausstellung zeigen können, sowie Zeitzeugen oder Angehörige, die uns ihre Geschichten anvertrauen“, sagte Gedenkstättenleiterin Dr. Ines Reich. "Wir bitten daher alle, die zu den genannten Themen etwas beitragen können, sehr herzlich um ihre Unterstützung, damit wir das eindrucksvolle, aber noch stumme ehemalige Gefängnisgebäude zum Sprechen bringen können."

Ansprechpartnerin:
Bettina Altendorf, Tel. 0331/20 11 540
(montags bis freitags 9 - 16 Uhr);
E-Mail: altendorf@gedenkstaette-leistikowstrasse.de
Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam kann samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr im Rahmen von Führungen besichtigt werden, die jeweils zur vollen Stunde beginnen. Gruppen, vorwiegend Schulklassen, können die Gedenkstätte mittwochs nach Voranmeldung besuchen.
Information: www.gedenkstaette-leistikowstrasse.de

Dr. Horst Seferens
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Wir sind eine junge **Filmproduktion aus Berlin** und recherchieren gerade für einen Dokumentarfilm, der zeigen will, wie individuell und unterschiedlich Lebensläufe und der Umgang mit der eigenen Geschichte seit 1989 verlaufen sind. Dafür sind wir besonders auf der Suche nach Stasi-Opfern, die sich nach der Wende auf die Suche nach ihren Vernehmern und Peinigern gemacht haben - und mit diesen z.B. vielleicht heute noch in Kontakt stehen oder die heute noch vergeblich suchen. Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Gesuch entsprechend weiterleiten oder eventuell Kontakte vermitteln könnten. Gerne lassen wir Ihnen auch weitere Informationen über uns und unser Projekt zukommen. *Oliver Hoffmann*

Meldungen an: Hoffmann und Woischnig Film
Lobeckstraße 30-35 10969 Berlin
Tel. 030-555-765-060 info@bildungsfilm.de

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax : 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38
Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr
Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter
V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

1. Aufnahmegebühr	2,60 €
2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke	
- alte Bundesländer	45,00 €
- neue Bundesländer	40,00 €
3. Jahresbeitrag für Ehepartner	15,00 €
4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter
www.vos-ev.de
VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (684) erscheint im Oktober 2009.
Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 683: 12. Sept. 2009